



Beate Müller-Gemmeke MdB

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 73041
Fax 030 227 – 76041

E-Mail: beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Pressemitteilung

24.11.2010

Arbeitnehmerfreizügigkeit ist nicht nur ein Problem der Leiharbeitsbranche

Zur Aussage der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, die Leiharbeit sei die einzige Branche, die angesichts der vollen Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Staaten von Lohndumping bedroht wäre, erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte:

Bundesministerin Ursula von der Leyen scheint keine Ahnung vom deutschen Arbeitsmarkt zu haben, wenn aus ihrer Sicht die Leiharbeitsbranche die einzige Branche ist, die ihr mit Blick auf die Arbeitnehmer-Freizügigkeit Sorgen mache. Der Niedriglohnsektor ist mittlerweile auf 21 Prozent angestiegen und die Lohnstruktur nach unten ausgefranst. Der Einsatz von Leiharbeitskräften, auch aus den europäischen Nachbarstaaten, verschärft die Situation noch weiter. Aufgrund von Ignoranz und koalitionsinternen Grabenkämpfen konnte die Bundesregierung daran bisher nichts ändern.

Wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, darüber hinausgehende branchenspezifische Mindestlöhne und eine konsequente Regulierung der Leiharbeit. Denn mit einem auf die Leiharbeitsbranche zugeschnittenen Mindestlohn sind die Probleme der Arbeitnehmerfreizügigkeit und vor allem des Lohndumpings in der Leiharbeit nicht gelöst. Damit werden die schlechte Entlohnung und die schlechten Arbeitsbedingungen nur zementiert. Der Leiharbeits-Mindestlohn würde das Equal-Pay-Prinzip vollständig verdrängen.

Wir fordern seit langem einen gesetzlichen Mindestlohn, die konsequente Anwendung des Equal-Pay-Prinzips und einen Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche, der aber nur in verleihfreien Zeiten gelten soll.

Die Bundesregierung darf sich nicht aufgrund der vermeintlich guten Arbeitsmarktdaten zurücklehnen und ausruhen. Es gibt noch genug zu tun. Sie muss die drängenden Probleme des Arbeitsmarkts in den Mittelpunkt ihrer Politik rücken, dafür sorgen, dass keine Belegschaften zweiter Klasse entstehen und die Belange der Beschäftigten ernst nehmen.